

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Bundesjustizminister,  
zieht eine Zwischenbilanz  
auf dem Gebiet des euro-  
päischen Patentrechts.  
Seite 1/2

Nils Diederich MdB hält  
es für untragbar, daß der  
CDU-Politiker Richard von  
Weizsäcker angeblich so-  
wohl Oppositionsführer in  
Berlin als auch Bundes-  
tagsvizepräsident sein  
will.  
Seite 3/4

Werner Klein MdL, Vor-  
sitzender der rheinland-  
pfälzischen SPD-Landtags-  
fraktion, sieht seine  
Partei durch organisatori-  
sche Reformen weiter ge-  
stärkt.  
Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 69

9. April 1979

Neun Monate Europäisches Patentamt

Das neue Patentsystem nutzt auch den kleinen Unternehmen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Bundesminister der Justiz und SPD-Präsidiumsmitglied

Das auf der Grundlage des Europäischen Patentübereinkommens mit seinem Hauptsitz in München und einer Zweigstelle in Den Haag nebst einer Dienststelle in Berlin (West) errichtete Europäische Patentamt kann jetzt auf neun Monate erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken. Seit dem 1. Juni 1978 nimmt es Anmeldungen für europäische Patente entgegen. Die Möglichkeit, mit der Einreichung einer Anmeldung beim Europäischen Patentamt ein Schutzrecht in mehreren Staaten zu erlangen, wird von Industrie und Erfindern zunehmend gewürdigt und in Anspruch genommen. Während in den ersten sechs Monaten 2.178 Anmeldungen eingereicht wurden, waren es in den ersten beiden Monaten des Jahres 1979 bereits 1.939 Anmeldungen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Sachprüfung und die sich daran anschließende weitere Behandlung europäischer Patentanmeldungen zur Zeit nur 60 Prozent der Gebiete der Technik - bis zum 1. Dezember 1978 sogar nur 50 Prozent - erfaßt. Zum 1. Juni 1979 werden es 80 Prozent sein, und ab 1. Dezember 1979 werden Anmeldungen auf allen Gebieten der Technik unbeschränkt behandelt werden. Das Amt rechnet damit, daß 1979 zwischen 10.000 und 15.000 Anmeldungen eingehen werden. Nach Abschluß der Aufbauphase werden für Mitte der achtziger Jahre 30 bis 40.000 Anmeldungen jährlich erwartet.

Von den Anmeldungen der ersten neun Monate stammen rund 35 Prozent aus der Bundesrepublik Deutschland, 25 Prozent aus den Vereinigten Staaten, zehn Prozent aus Großbritannien, acht Prozent aus Frankreich und sieben Prozent aus der Schweiz.

Die Anmeldungen wurden zu 15 Prozent von privaten Erfindern, zu 35 Prozent von Klein- und Mittelbetrieben und die restli-

chen 50 Prozent von Großbetrieben eingereicht. Damit ist die gelegentlich geäußerte Behauptung, das europäische Patentsystem sei nur für große Unternehmen von Interesse, eindeutig widerlegt.

Sachlich liegt das Schwergewicht der Anmeldungen mit 50 Prozent im Bereich der Chemie und Pharmazentik. Der Anteil der Anmeldungen auf dem Gebiet der Mechanik betrug 1978 40 Prozent, seitdem 30 Prozent; aus dem Gebiet der Elektrotechnik und Physik stammten 1978 zehn Prozent, seitdem 20 Prozent.

Diese Verteilung wird sich mit der stufenweisen Eröffnung weiterer Gebiete der Technik, auf denen die Anmeldungen unbeschränkt behandelt werden, wie auch mit der Erweiterung des Kreises der Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation ändern. Gegenwärtig gehören der Organisation neun Mitgliedstaaten an: die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. Österreich hat am 27. Februar 1979 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Patentübereinkommen hinterlegt. Mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens für Österreich am 1. Mai 1979 kann dann mit einer europäischen Patentanmeldung Patentschutz im Hoheitsgebiet von zehn Staaten nachgesucht werden. In den bis jetzt eingereichten Anmeldungen wurden im Schnitt fünf bis sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation als Bestimmungsländer benannt. In etwa 90 Prozent der Anmeldungen wurden die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, in etwa 60 bis 80 Prozent Belgien, die Niederlande, Schweden und die Schweiz benannt.

Mit der Ausdehnung der Tätigkeit des Europäischen Patentamts vergrößerte sich auch die Zahl seiner Bediensteten. Am Jahresende 1978 waren 140 am Hauptsitz in München, 710 in der Zweigstelle Den Haag und 100 in der Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamts tätig. Die Zahl der in München tätigen Bediensteten wird 1979 rasch anwachsen und Ende des Jahres etwa 350 betragen. Nach Abschluß der Aufbauphase wird das Amt etwa 2.300 Personen, davon 1.300 bis 1.400 in München, beschäftigen.

Zum Frühjahrsbeginn 1980 wird auch das neue Dienstgebäude des Europäischen Patentamts in München, unmittelbar in der Nachbarschaft des Deutschen Patentamts und des Deutschen Museums gelegen, bezogen werden können, so daß dann auch die räumlichen Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des Amtes in München gegeben sein werden. (-/9.4.1979/ks/10)

Richard von Weizsäcker muß sich entscheiden

---

Oppositionsführer-Rolle in Berlin und Mitgliedschaft im Bundestags-Präsidium  
schließen sich aus

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Wenn der Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus, Richard von Weizsäcker, gleichzeitig Vize-Präsident des Deutschen Bundestages werden würde, wäre dies ein bedenkliches Novum in der Parlamentsgeschichte.

Es ist eine Angelegenheit der CDU, daß sie Doppelmandate offenbar auf Dauer hinnehmen will, obschon sie bereits im Jahre 1976 nicht mit der Tatsache fertig geworden ist, daß der damalige Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, vorübergehend gleichzeitig Mitglied des Bundestages war.

Es bleibt unbestritten, daß in der Regel die Vorschläge der Parteien für die ihnen im Präsidium zustehenden Plätze respektiert werden.

Nicht mehr nur Angelegenheit der CDU, sondern eine ernste Frage für alle Parlamentarier im Bundestag wird es, wenn Herr von Weizsäcker in Bonn Vize-Präsident werden will und gleichzeitig in Berlin Oppositionsführer bleibt. Der Vize-Präsident des Parlaments soll Moderator sein und nicht nur von seiner Partei, sondern auch von der gleichen Regierungsmehrheit respektiert werden, der er in Berlin in der Eigenschaft als Oppositionsführer in scharfer Rivalität entgegentreten soll - wenn er seine Sache gut macht.

Das Plenum des Bundestages tritt in der Regel donnerstags zusammen - ebenso wie das Berliner Abgeordnetenhaus; die Zahl der Überschneidungen ist sehr groß. Welche Funktion will Herr von Weizsäcker denn nun wahrnehmen und dabei glaubwürdig ausfüllen? Daß seine Arbeitskapazität bedeutend größer ist als die der meisten anderen

Abgeordneten, möchte ich gar nicht in Frage stellen, aber an zwei Stellen gleichzeitig - dies können wohl nur Generalisten mit dem ganz großen Weltblick!

Alle, die die Persönlichkeit des Herrn von Weizsäcker als einen Gewinn für die Berliner politische Bühne begrüßt haben, weil mit seiner Präsenz in Berlin ein erster Schritt zur Überwindung des provinziellen Muffs in der Berliner CDU erhofft wurde, müssen sich nun fragen, ob er etwa in Berlin doch nur seine Gastrolle fortsetzen will. Er wird dann, wie der Oppositionsführer in Bonn zu einer Art Victoria regia des Plenarsaals werden, die ihre kostbare und blasse Blüte nur an seltenen Tagen des Jahres entfaltet.

In der angezeigten Doppelrolle - hier Oppositionsführer, dort Vize-Präsident des Parlaments - offenbart sich ein seltsames Parlamentsverständnis, das auf Dauer jedenfalls dem Ansehen der parlamentarischen Demokratie nur abträglich sein kann.

Es wäre eine politische Geste des Bundestages, wenn einer der Vize-Präsidenten Berliner wäre; auch wenn es nur schöner Schein wäre, denn Herr von Weizsäcker hat sein Bundestagsmandat gar nicht aus Berlin. Im wohlverstandenen Interesse Berlins ist aber eine Doppelfunktion, wie sie Herr von Weizsäcker nun auch von Herrn Lummer nahegelegt wird, eher unglaubwürdig und wenig zuträglich. Daß Herr Lummer Herrn von Weizsäcker möglichst weit weg wünscht, kann man sich gut vorstellen. Berlin aber ist mit zwei halben Sachen nicht geholfen.

Man muß auf die politische Vernunft des Herrn von Weizsäcker vertrauen, daß er eine klare Entscheidung trifft. Je schneller, desto besser für Berlin.

(-/9.4.1979/ks/10)

+ + +

Jetzt gemeinsam an die Arbeit gehen  
-----

Den Wahlerfolg vom 18. März umsetzen und ausbauen

Von Werner Klein MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Nach den notwendigen Personalentscheidungen, die den klaren Gestaltungswillen der neuen, verstärkten und verjüngten SPD-Landtagsfraktion erkennen ließen, gilt es, gemeinsam an die Arbeit zu gehen. Wir müssen und wir werden die politische und parlamentarische Arbeit in jener Art weiterführen, die sich im Wahlkampf bewährt hat. Wir müssen und wir werden dem Bürger beweisen, daß die in geheimer Wahl berufenen Sozialdemokraten als Mannschaft zu arbeiten verstehen. Ganz besonders wird es darauf ankommen, die notwendige enge Verbindung zwischen der Landesorganisation und der parlamentarischen Vertretung, also der Fraktion, weiter zu verstärken und auszubauen. Hans Schweitzer ist es in den zurückliegenden zwei Jahren gelungen, bezirkliches Denken abzubauen und einen Gleichklang zwischen Partei und Fraktion herzustellen, was fraglos einer der Gründe für die Erfolge am 18. März war. Mit Klaus von Dohnanyi bin ich einig darin, daß dieses hohe Maß an Miteinander mit aller Intensität weiter betrieben werden muß.

In unserer täglichen politischen Arbeit gilt es, jenes hohe Vertrauen, das die Bürger in uns gesetzt haben, zu rechtfertigen und zum Ausdruck zu bringen, daß unsere Partei gewillt ist, den sich in Umrissen abzeichnenden Wechsel 1983 zu vollziehen. Hierbei geht es uns entscheidend darum, Politik für den Bürger zu machen, das heißt seine Freiheitsräume in unserer parlamentarischen Demokratie zu sichern und zu erweitern. Unabdingbare Voraussetzung hierzu ist die Sicherstellung seiner wirtschaftlichen und sozialen Unabhängigkeit, das heißt des Lebensstandards und der sozialen Vorsorge.

In diesen Bereichen gibt es in weiten Teilen des Landes noch viel zu tun. Klaus von Dohnanyi und seine Mannschaft haben dies im Arbeitsprogramm 1979 bis 1983 auf-

gezeigt. Diese klaren Sachaussagen, die den Wahlkampf beherrschten und das Interesse des Bürgers fanden, werden den Weg der SPD-Fraktion in den nächsten vier Jahren bestimmen.

Wir werden die vor uns liegende Zeit nutzen, um unsere Argumente und unsere sachbezogene Politik den Bürgern noch näher zu bringen. Wir werden so um seine Unterstützung bei den Kommunalwahlen und den Europawahlen am 10. Juni kämpfen - und danach auch wieder verstärkt an den Zusammenhang von Bundes- und Landespolitik erinnern.

Denn: 1980 gilt es, die sozialliberale Politik und die erfolgreiche Arbeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt für die 80er Jahre zu sichern. Die rheinland-pfälzische SPD, gestärkt aus den Wahlen vom 18. März hervorgegangen, weiß, daß sie - wie schon 1976 - eine verlässliche Stütze für die SPD, für die sozialliberale Koalition und für Helmut Schmidt ist.

Diese klaren Ziele - Geschlossenheit im parlamentarischen Handeln, Überzeugungskraft bei der Umsetzung des bürgernahen Arbeitsprogramms und Zusammenwirken mit der Parteiorganisation in Bund und Land - werden auch von der Basis mitgetragen. Daß aber auch alle Fraktionsmitglieder, die Klaus von Dohnanyi vor der Wahl dem Bürger als personelles Angebot vorstellte, nun nach der Wahl an wichtigen Positionen für die SPD stehen, ist nicht weniger wichtig: Staatsminister Klaus von Dohnanyi wird, nachdem Hans Schweitzer dies selbstlos ermöglichte, als Landesvorsitzender der unbestritten erste Sozialdemokrat in Rheinland-Pfalz. Und der bisherige Landesvorsitzende Hans Schweitzer wird als Vertrauensmann der Fraktion das höchste Amt einnehmen, das eine Oppositionspartei im Lande besetzen kann: als erster Vizepräsident des Landtages. Das jüngste Mannschaftsmitglied, Rudolf Scharping, ist nun als Parlamentarischer Geschäftsführer das jüngste Mitglied der neuen Fraktionsführung, Rainer Rund bleibt stellvertretender Vorsitzender der Fraktion und mein Vorgänger im Amt des Vorsitzenden, der aus freien Stücken nicht mehr kandidierte, ist mit einem großen Vertrauensbeweis in den neuen Fraktionsvorstand berufen worden, der gewiß auf seinen Rat besonders baut: Karl Thorwirth.

Mit diesen Weggenossen, mit den weiteren in Führungspositionen gewählten Freunde, einer verstärkten und verjüngten Fraktion und einem realistischen Arbeitsprogramm können wir zuversichtlich an die Arbeit gehen. Ohne jede Zerstrittenheit, ohne jede Flügelastigkeit, auch wenn derartige Prädikate da und dort etwas leichtfertig verteilt werden. Wir haben gemeinsam die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir den Erfolg vom 18. März umsetzen und nutzen können.

(-/9.4.1979/ks/ts)